

Zeitung

Dierundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk.
auschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich. Zeitungsverzeichnis unter
Zeitung-Zeitungen eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Ausdrücklichen Genehmigung des
Verl. Fern. der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abtg. Nr. 1103
a. 7411, der Bezugs-Abtg. Nr. 1133;

Anzeigenpreise:
Die 3 gelbpatente 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.
Sonnentagenzeit 40 Pf., Resttagen
die 42 mm breite Millimeterzeile
2.40 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle in sämtliche
Anzeigenblätter. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Geschäfts-
stellen: Halle, Neue Prome-
nade 1a, Dr. Brauhausstr. 17.
Aben. Geschäftsstellen: Große
Weichstr. 32 und Markt 23.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 6600.

Nr. 537.

Halle, Dienstag, den 16. November 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Keine bürgerliche Mehrheit in Sachsen.

Deutschlands Zulassung zur Genfer Konferenz angeblich möglich / Berufung von Sachverständigen über die Viehableieferung nach Paris / Verschiebung von Militärgut nach Polen / Blockade der russischen Schwarzmeerküste.

Die Landtagswahl in Sachsen

Einige rechtsstehende Blätter hatten bereits Montag nachmittag etwas vorzeitig gemeldet, daß die bürgerlichen Parteien bei der sächsischen Landtagswahl die Mehrheit erhalten hätten. So erwünscht dies Resultat an sich gewesen wäre, so ist es uns nach dem am Vormittag eingelaufenen Meldungen nicht eingetreten zu sein, sondern die sozialistischen Parteien haben, wie es scheint, noch nicht unerhebliche Verluste erlitten, aber doch noch eine, wenn auch sehr knappe Mehrheit auf sich vereinigen können.

Nach den bis Montag 11 Uhr vormittags vorliegenden Nachrichten stellt sich das Gesamtergebnis der sächsischen Landtagswahlen wie folgt:

Demokraten:	
I. Wahlkreis (Dresden-Bauhen)	46 280
II. (Leipzig)	55 595
III. (Chemnitz-Zwifau)	46 744
Deutschnationale:	
I. Wahlkreis	164 602
II.	118 933
III.	138 358
Deutsche Volkspartei:	
I. Wahlkreis	128 554
II.	110 969
III.	159 526
Zentrum:	
I. Wahlkreis	15 642
II.	2 716
III.	2 496
Wirtschaftliche Vereinigung:	
I. Wahlkreis	13 497
Gesamtzahl der Stimmen für Bürger. Parteien: 997 942	
Mehrheitssozialisten:	
I. Wahlkreis	216 414
II.	68 724
III.	286 623
Unabhängige rechts:	
I. Wahlkreis	61 284
II.	148 722
III.	65 896
Unabhängige links:	
I. Wahlkreis	13 446
II.	43 161
III.	
Kommunisten:	
I. Wahlkreis	12 220
II.	24 004
III.	78 390
Gesamtzahl der Stimmen der sog. Parteien: 998 783	

Nach einer weiteren Meldung aus Dresden ergibt sich nach dem bisher vorliegenden Resultat folgendes:

Mandatsverteilung:	
Deutschnationale	20 Sitze
Deutsche Volkspartei	18 "
Demokraten	18 "
Zentrum	1 "
Zusammen 47 Sitze	
Mehrheitssozialisten	27 Sitze
Unabhängige rechts	13 "
Unabhängige links	3 "
Kommunisten	6 "
Zusammen 49 Sitze	

Die Sozialisten haben danach mit zwei Mandaten die Mehrheit.

So liegen leider die Dinge. Vielleicht scheint sich das höchste volksparteiliche Organ, das bei keinen an das Wahlergebnis geknüpften Bemerkungen für passend gehalten hat, der Demokratie wieder einmal eins auszuwichen, nicht für diese Zahlen etwas genauer an und gerichtet sich den Kopf darüber, wie danach eine Regierungsbildung unter Ausschluß der Mehrheitssozialisten möglich sein soll. Es wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als auch in Sachsen zu einer Reaktion von der Volkspartei die zu den Mehrheitssozialisten zu kommen, die wahrscheinlich eine tagelange Grundprobe in den Mandaten der drei Parteien in Verbindung mit dem Zentrum haben wird.

Das Programm des Reichswirtschaftsministers.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde bei Beratung des Etats der Reichswirtschaftsministers Minister Dr. Scholz aus, der leitende Gesichtspunkt seiner Politik sei das Wohlfühlen, die Kalnte zu

habilitieren. Eine einheitliche Ein- und Ausfuhr-Politik sollte u. a. durch den wirtschaftlichen Ausschuß der in Betracht kommenden Ministerien herbeigeführt werden. Eine selbständige Reichsministerkonferenz sei nicht beabsichtigt, es werde nur erzwungen, die außerordentlich hohen Einlagen der Sparkassen unmittelbar für das Wirtschaftsjahr heranzuziehen, aber dann unter Reichsgerichtsamt, damit nicht die Mindestsicherheit verloren geht. Außerdem kommen in Betracht die Mittel der Erwerbslosenfürsorge und die Liquidationsmassen der Kriegesgesellschaften. Der Preisabbau in Rohle sei die Voraussetzung für eine allgemeine Preislenkung. Der Ueberfluß an Beamten sei nicht so groß wie behauptet werde. Im Wirtschaftsmittelbereich sei die Zahl auf 795 zurückgegangen. Auf eine Anfrage erklärte sich Dr. Scholz als warmer Anhänger des Gehalts einer Arbeitslosenpflicht. Von Interesse war noch seine Mitteilung, daß im Ruhrgebiet bei Regiebetrieb bisher 200 bis 300 Bergarbeiterwohnungen gebaut wurden, in Ober-Schlesien dagegen bei Privatbetrieb 2100 bis 2200. In der Aussprache wies der demokratische Abg. Reinath auf das ungeheure Anwachsen der Beamtenschaft hin. Die vier Ministerien, die aus dem Reichsamt des Innern herausgewachsen seien, hätten nahezu die sechsfache Zahl höherer Beamter als das frühere Reichsamt. Die Einheitlichkeit der Wirtschaftspolitik sei leider trotz des wirtschaftlichen Ausschusses der Ministerien noch nicht hergestellt, wie sich dies z. B. bei den wirtschaftlichen Auswertungen des holländischen Kreditkommens gezeigt habe. Man müsse wieder zu größerer Rechtssicherheit kommen. Die Gesetzgebung müsse vereinigt und die Verordnungen auf Grund der Demobilisationsverordnung müßte abgeschlossen werden. In der weiteren Debatte erhob der deutschnationale Abg. van den Kerthoff schwere Vorwürfe gegen den Staatssekretär Hirsch, sprach von Korruption der Behörde und behauptete, daß Hirsch ihm besondere Vorteile verschaffen habe. Ähnliche Vorwürfe hätten sich auch in anderen Abteilungen des Ministeriums abgespielt. Staatssekretär Hirsch betritt ganz entschieden von den Reichstagen besondere Vergünstigungen auszuweisen. Im Gegenteil habe der deutschnationale Abg. eine ordnete mit scharfem Druck auf ihn eingewirkt, für seine Warengruppen die Bezeichnung von der Ausfuhrabgabe zu erwidern. Ministerialrat von Buttkar, der den Besprechungen beigewohnt hatte, bestätigte die Ausführungen des Staatssekretärs Hirsch. Es wurde beschlossen, daß der Minister am Montag über die Angelegenheit Bericht erstatten soll.

Der Ministerbesuch in Köln.

Montag vormittag um 11 Uhr sind Reichsfinanzminister Schrenk und Reichsminister des Inneren Dr. Simon von Bülowendorf in Köln eingetroffen. Vertreter der Provinzialbehörden, der Stadt und der Handelskammer waren beim Empfang anwesend.

Die Beamtenbesoldung in Preußen.

Der preussische Finanzminister sprach Sonnabend in der gemeinschaftlichen Sitzung des Hauptauschusses des Ausschusses für Beamtenbesoldung und des Ausschusses für Lehrerbildung der Landesversammlung über die Besoldungs- und Dünungsfrage. Er erklärte hierbei an, daß die Lage der Staatsbeamten wenig erfreulich sei, stellte aber gleichzeitig die unhaltbare Lage der preussischen Finanzen gegenüber. Er kündete an, daß der Landesversammlung in den nächsten Tagen das neue Grundsteuergesetz zugehen werde. Aus diesem Gesetz erhofft er für das laufende Rechnungsjahr eine halbe Milliarde Einnahmen, der allerdings 2 Milliarden ungedeckte Verluste gegenüberstünden. Die neuen Forderungen des Beamtenbundes bedeuteten eine Belastung von einer Milliarde und seien nicht mehr zu tragen. Die Ansprüche der Pensionäre könne man leider nicht noch anerkennen, er sei aber bereit, auf einer mittleren Linie entgegenzukommen.

Die Viehableieferung.

Savon meldet, die Wiedergutmachungs-Kommission veröfflicht folgende Mitteilung: Nach Paragraph 4, Anhang 4 des Berliner Vertrages hat Deutschland als sofortige Voraussetzung und Abschlagszahlung eine gewisse Anzahl Vieh an Frankreich und Belgien zu liefern. Diese Lieferungen sind zurzeit noch nicht beendet, einige von ihnen sind infolge von Viehdiebstahl verzögert. Außerdem hatte die Wiedergutmachungs-Kommission den Auftrag zu prüfen, welche weiteren Vieflieferungen von Frankreich verlangt werden könnten. Zu diesem Zweck hatte die Wiedergutmachungskommission der deutschen Delegation eine Liste des Viehs zugelandt, das auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages von Deutschland verlangt wird. Da Deutschland in der vorgezeichneten Zeit keine Bemerkungen hierzu nicht mitgeteilt hat, hat die

Wiedergutmachungs-Kommission Deutschland nunmehr eingeladen, geeignete Sachverständige nach Paris zu schicken, damit diese Angelegenheit bis spätestens 20. November geregelt wird.

Verschiebung von Militärgut nach Polen.

Bei den Besprechungen, die gegenwärtig in Berlin im Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Verkehrsverhältnissen geführt werden, ist, wie wir hören, neuerdings folgende bemerkenswerte Tatsache zur Sprache gebracht worden: Seit einiger Zeit wird beobachtet, daß in wachsendem Maße Transporte von Militärartikeldungsmitteln zwischen dem Reich und Ostpreußen gehen, und zwar in beiden Richtungen. Anzüge, Mäntel, Schuhschäfte werden in beiden Richtungen in ganzen Wagenladungen verschickt. Das Wertwichtige dabei ist nur, daß keiner dieser Transporte jemals seinen Empfänger in Ostpreußen oder im Reich erreicht. Vielmehr werden die Sendungen, bevor Besetzungspapier oft sehr mangelhaft ausgefüllt sind, regelmäßig im polnischen Korridor abgeholt und beiseite genommen und den polnischen Intendantur zugeführt, die sie weiter verwerten, und zwar angeht es den in Polen immer stärker sichtbar werdenden Mangels an den nötigen Bekleidungsstoffen mit großem Nutzen. Es ist einwandfrei festgestellt, daß die Adressen dieser Sendungen in Ostpreußen und im Reich weiter nichts sind als die Strohmänner der Absender, die auf diese Weise das Gut nach Polen verschicken. Je nachdem wie sich die politische Lage darstellt, erheben diese Strohmänner in Berlin beim Auswärtigen Amt einen Scheinprotest, den sie dann aber nicht weiter verfolgen, oder sie ziehen es vor, sich in Schweden zu halten, und so zu tun, als ob sie „den Verlust“ verschmerzen. Auf diesem Wege wird sehr wertvolles und in Deutschland dringend gebrauchtes Material in den Händen der Polen in die Hände gespielt, und es erzieht uns daher nützlich, in aller Deutlichkeit auf diese Schiebungen hinzuweisen.

Die Völkerverbundtagung in Genf.

Der Genfer Korrespondent der Agence Haas soll von einer bedeutenden Persönlichkeit des Völkerbundes in Bezug auf die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund folgendes erfahren haben:

Nach seiner Ansicht wird die Frage diesmal nicht gestellt werden, weil Deutschland seine Zulassung nicht verlangen, dann wird man fragen, auf Grund welchen Mandats dieses Verlangen gestellt wird. Bei der Staat ohne Mandat, so sei die Frage sofort erledigt. Falls aber bei dem Mandat von Deutschland, dann wird seine juristische Debatte stattfinden. Man könne annehmen, daß die Gegner der Zulassung eine Zweidrittelmehrheit erzielen, es könnte aber auch sein, daß ein Kompromiß in dem Sinne, wie man es etwa Sir Edward Grey und Barnes zuschreiben, geschlossen werde. In diesem Falle wird man erklären, daß die Zulassung aller Staaten zum Völkerbunde wünschenswert sei. Das würde bedeuten, daß Deutschland zur nächsten Versammlung zugelassen wird. Die betreffende Persönlichkeit befragt aber nicht, warum der Gedanke, Deutschland in den Völkerverbund aufzunehmen, nicht sofort erzwungen wird, denn dieses Verlangen habe in jedem Augenblick auf Grund des Artikels 18 des Statuts das Recht, seine Angelegenheiten vor den Völkerverbund zu bringen und sich während der Verhandlung über eine solche Frage vor dem Völkerverbund vertreten zu lassen.

Der Haas-Korrespondent bemerkt, das sei eine These der offiziellen Kreise der Konferenz, er könne noch hinzufügen, daß Frankreich und England völlig einig darin seien, die Zulassung Deutschlands in der jetzt eröffneten Versammlung nicht zu verhindern.

Die Eröffnungsitzung.

Genf, 15. November. In der heutigen Eröffnungsitzung der Völkerverbände hat Herr Bundespräsident Motta die Versammlung namens der schweizerischen Volksgesamtheit und der schweizerischen Regierung willkommen. Er dankte dem Völkerverbund für die Anerkennung der immer währenden militärischen Neutralität der Schweiz auch im Völkerverbund, sowie dem Präsidenten Wilson für die Einberufung der ersten Völkerverbändeversammlung nach Genf und gab dem heiligen Wunsch Ausdruck, es möchten die Vereinigten Staaten nicht mehr lange zögern und im Völkerverbund den ihnen gebührenden Platz einnehmen.

Der „Deutschen Tageszeitung“ wird aus Genf gemeldet, daß am Sonnabend die Pressevertreter von den Genfer Behörden sterlich empfangen worden sind. Mit ganz ungewöhnlichem Gepränge wurde Sonntag 11 Uhr die erste Sitz-

begonnen. Die Erklärungen des japanischen Gesandten, Ichi, der die allgemeine Schlacht der Völker nach Verknüpfung betonte, machten großen Eindruck. Japan befürwortete die Aufnahme aller Nationen; die Behandlung der Aufnahme der Mittelmeerländer wurde der zweiten Sitzungsperiode im Februar vorbehalten. Der Vorschlag der Schaffung einer zentralen Einheit der jetzigen Mitglieder angelehnt. Das Eintreffen Lord Georges ist für spätere Sitzungen der ersten Session zugesagt.

Der deutsche Gesandte in Berlin, Herr Müller, erklärte, daß Deutschland nicht direkt eine Aufnahme in den Völkerbund nachsuchen werde. Wenn dagegen eine andere Delegation die Aufnahme Deutschlands vorschlagen würde, so würde Deutschland eine Einladung zum Beitritt annehmen. Dazu meldet das „Reichsarchiv“, daß der baltische Vertreter bei der Sitzung des Völkerbundes in Genéve, Herr, als Deutschland bekannt und in Genéve die Sache Deutschlands führen werde.

Blockade der Schwarzmeerküste.

Die Londoner Wälder melden aus Konstantinopel vom 14. November, daß die Blockade der russischen Schwarzmeerküste erklärt ist. Die britische Flotte beginnt das Schwarze Meer abzusperren, um die Vorkostenlinien daran zu hindern, mit der Hilfe der Küsten aufzunehmen. General Wrangel befindet sich in Sebastopol. Der Kreuzer „Waldeck-Roussau“ befindet sich im Hafen von Sebastopol und ist bereit, Wrangel an Bord zu nehmen. Bei der Armee hat es zu sehr schweren Meutereien, worauf die ganze Niederlage zurückgeführt wird.

Nach einer „Matin“-Melbung aus London wird aus Konstantinopel berichtet, daß die bolschewistischen Truppen in Kertsch und Eupatoria genommen haben und daß die rote Kavallerie sich Sebastopol nähert. Der Ministerpräsident des General Wrangels sei in Konstantinopel angekommen, um die Räumung der Krim zu organisieren.

Nach einer Meldung der „Daily News“ aus Konstantinopel sind die Truppen Mustafa Kemal Paschas in Batum eingezogen. Die alliierten Befehlskräfte in Konstantinopel sollen die Wiederbesetzung Batusms ins Auge fassen.

Preussische Landesversammlung.

175. Sitzung. Montag, 15. November, 2 Uhr nachm.

MR. Das Haus ist fast leer. — Der Nachtragset, der in Einnahmen und Ausgaben auf fast drei Milliarden Mark festgelegt ist, steht zur ersten Beratung.

Abg. von der Osten (Dn.) hat gegen einzelne Haupteinzelposten schwere Bedenken, insbesondere gegen die 800 Millionen, mit denen das Holz aus dem Forstwirtschaftsjahr 1920 veräußert wird. Redner beanstandet auch den Vorkauf von einer halben Milliarde, welche die Steuer zum Grundvermögen aufrufen soll. Mit solchen Mitteln können keine Steuern erhoben werden.

Abg. Herkenrath (Ztr.) erwartet namens seiner Partei von der Regierung noch eingehende Begründung für die Höhe der einzelnen Einnahme- und Ausgabeposten.

Abg. Ludwig (N. S.) findet wenig Gehalt an der neuen Methode, hunderte von Millionen ohne jeden Nachweis für einzelne Posten zu fordern. Vor allem wünscht er zu wissen, was mit den 181 Millionen geschehen soll, die für die Polizei veranschlagt sind.

Im Gegenüber weist Abg. Richter (Sog.) darauf hin, daß Minister Sprenging im Hauptausfluß die Forderung für die Polizeierhaltung ausführlich begründet habe.

Minister Widemann: Ueber die Anforderungen für die Polizei werden noch Aufklärungen im Einzelnen erfolgen. Die Einnahme von 800 Millionen für Holz liefert auf bereits abgeschlossenen Verträgen. Die 500 Millionen aus der Grundsteuer beruhen auf einem vorläufigen Gesetzentwurf, der dem Hause wohl schon morgen zugehen wird und auf dessen baldige Verabschiedung wir hoffen.

Staatssekretär Dr. Freund erklärt, daß es sich bei der Neubildung der Polizei um deren nötige Ergänzung handelt. Die Polizei, der alle schweren Handwaffen bereits genommen sei, soll reorganisiert werden und eine zentralistische Verwaltung bekommen.

Abg. Dr. Prengel (Dem.) bezieht sich im Gegenüber zu Herrn von der Osten den Nachtragset als ein Muster von Offenheit.

Der Nachtragset geht an den Hauptausfluß.

Die Krisis der modernen Kunst.

Nach dem Museumsvortrag von Privatdozent Dr. Eberhard Grisebach.

Halle, 14. Nov.

Die Lage der modernen Künste ist im höchsten Grade verworren. Die verschiedenen extremen Richtungen sind allem Anscheine nach in ihrer Unmöglichkeit und Gegenfälligkeit unversöhnbar. Um zu begreifen, wie wir zu dieser verworrenen Lage der Kunst gekommen sind, müssen wir uns die ästhetische Kultur der letzten 70 Jahre vor Augen führen.

Die Zeit von 1849–70 zeigt uns ein Nacheinander des Klassizismus in der Architektur, den Plastiken, den Möbeln. Dieses Schmelzen in klassischen Formen entsprach insofern seinem inneren Bedürfnis, sondern war rein äußerlich, repräsentativ. Es fehlte die Eigenheit, die Ursprünglichkeit, und der Lebensinhalt dieser Zeit entspricht durchaus nicht dem klassischen Stil ihrer Kunst.

Nach 1870 lebte ein bewußtes Streben nach einer eigenen ästhetischen Kultur ein. Es rückte sich allgemein das Verlangen, für die Empfindungsweise dieser Zeit einen eigenen ästhetischen Stil zu finden. Aber das Wissen um den Verlust von Formen brachte es nur zu einer effektvollsten Formgebung, zu einem Spiel mit den verschiedensten Stilarten.

In den 90er Jahren schien sich ein Aufschwung vorzubereiten. Im Süden kam es zu einer Art Renaissance. In Darmstadt nahm sich ein fürstlichstrebender Künstler an. Die Sezessionskünstler suchten eigene Wege zu gehen. Die „Jugend“ und der „Jah“ landten ihre ersten Jahrgänge in die Welt. Von Villenrod und Desmet erwartete man eine neue Blütezeit der Dichtung. Bald aber kam die Enttäuschung. Es ist auf keinem Gebiete über eine Art Romanik hinausgekommen. Keiner von all denen, die so viel versprochen hatten, hat uns eine neue einheitliche Form mit neuem lebendigem Inhalt geschaffen.

So sind wir wieder bei der verworrenen Lage der Moderne angelangt. Diese Moderne ist verworren denn sie leidet noch immer an dem Uebermaß klassizistischen Wissens, an dem Versehen aller Stilformen, an Reproduk-

Hierauf wird die zweite Haushaltsberatung bei der Handels- und Gewerbeerwartung fortgesetzt.

Abg. Dr. Raabe (D. Vt.) wünscht, daß die gewerblichen Fortbildungsschulen auch weiter dem Handwerksrat unterstellt bleiben. Besonders nötig ist die Hebung der Erzindustrie. Der Stilllegung leistungsfähiger Betriebe durch Streik muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Abg. Christiani (N. S.) führt die Höhe der heute von den meisten industriellen Gesellschaften verteilten Dividenden als Beweis dafür an, wie wenig die Höhe mit der allgemeinen Preissteigerung Schritt gehalten hätten.

Ministerpräsident: Ueber die Frage des Frauenwahlrechts zu den Kaufmanns- und Gewerbetreibenden wird in einem nächsten Entwurf zu werden, das in Vorbereitung ist. Mit dem Gewerbe sind die Steuern, wie ich anerkenne, in vielen Gemeinden zu ein bräudern in Kauf genommen. Die Sache kann aber nur im Zusammenhang mit der ganzen Gewerbe- und Kommunal-Steuerreform einer Neuordnung unterzogen werden. Das wird in dieser Legislaturperiode kaum mehr möglich sein. Daß ich mit den wirtschaftlichen Nachbarn wenig Ähnlung habe, bedauere ich nicht, das kam daher, daß sie sich mit ihren Wünschen immer zuerst an das Reich wenden, was sie aber nicht hindert, sich dann darüber zu beschweren, daß der preussische Handelsminister ihr Interesse nicht genügend angenommen hat. Am Reichstag wird sich nicht mehr bemühen, die unglücklichen Spekulation mit Fremdenbinden Einhalt zu tun. Die landwirtschaftliche Produktion

Oberhessen muß Deutsch bleiben, zeichnet Grenzpendel!

Kann man nicht durch fortwährende Preissteigerung stärken, es gehört dazu die Minderheit der intensiven Wirtschaft. Für die Aufhebung der Zwangsmaßnahme hat sich sogar die Konsumiererschaft ausgesprochen. Den Schieber und Spelischer, den man unter den Linden nicht grünte, empfang man an der Hinterlist. Die Aufhebung der Zwangsmaßnahme auf den betroffenen Gebieten macht also nur einen Strich unter die Rechnung. Das Handwerk werden wir weiter vor allem durch Zuweisung von Rohstoffen zu erhalten suchen.

Der Haushalt für Handel und Gewerbe wird bewilligt. Ein Antrag der Sozialdemokraten, das Wahlrecht zu den Gewerbe, Kaufmanns- und Arbeitervertretern den Frauen zu geben, wird angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag, 1 Uhr nachmittags. Kleine Anfragen, Haushaltsberatung.

Schluss 6 1/2 Uhr.

Aus der demokratischen Bewegung.

Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend sprach Herr Generalsekretär Dornhölzl in den Vereinen in Halle. Seine Ausführungen hatten das Ergebnis, daß nach der sehr fröhlichen Aufnahme, die sie überall fanden, auch die Arbeitslosigkeit für den Dienst der Demokratischen Partei offensichtlich und in spontan zutage tretenden Zustimmungserklärungen zum Ausdruck kam. Die gerade in dieser Zeit sehr bedeutungsvollen Erfolge der Demokratischen Partei in Coburg und Jena bei den Landtags- und Stadtwahlordnungswahlen gaben in der Diskussion Veranlassung zu lebhafter Erörterung.

Deutsches Reich.

Die Dresdener Betriebsräte für Arbeiter. Die Betriebsräte aller großen Fabriken des Dresdener Bezirks haben gemeinsam die Vereinte Arbeitervereine aufgefordert, künftig eine Arbeiterbewegung zu machen. Sie berufen damit, daß die Erwerbslosfrage in Sachsen wesentlich durch die Rohstoffknappheit ist. Kaufende von Erwerbslosen könnten sofort beschäftigt werden, wenn genügend Kohlen vorhanden wären, da bei der sächsischen Industrie zahlreiche große Auslandsaufträge vorliegen.

Der Mangel an Weltanschauung, an metaphysischen Beziehungen liegt man zu erklären durch einen Nihilismus, der aber, wenn man genauer hinsieht, rational, intellektuell, gewollt und daher äußerlich ist. Dieser werden sich der Theosophie, der Anthroposophie zu und suchen darin Ersatz für eine metaphysische Weltanschauung. So pflegt man clever seine Vorurteile zu begründen, indem er die Akademie als die oberste, die eigentliche Wissenschaft preist. Es hat niemals so viele Schaffende und so viele Kunstfreunde gegeben, als heute, und trotzdem finden wir überall nur Unfälle.

Und doch gibt es heute auf allen Gebieten große Schöpfer. Aber die großen schöpferischen Geister stehen einsam und außer Zusammenhang mit ihrer Umwelt. Sie finden in diesem verworrenen, uneinheitlichen Zeitalter keinen Widerhall und müssen sich deshalb auch sich selbst stellen. Es soll nur einer genannt werden: Döblner. Hier haben heute eben keine ästhetische Kultur wie im Mittelalter, wie zur Zeit der Renaissance. Einmal wie der wahrhaft moderne Mensch überhaupt ist der moderne Künstler und sein Werk.

Wichtige Vortragende Räte. Zum Kullustat wurde im Hauptausfluß ein Antrag angenommen, die Staatsregierung zu ersuchen, in den Bestimmungen 02 und 13 des Kullustatministeriums Stellen für Vortragende Räte weiblichen Geschlechts einzurichten.

Auslands-Rundschau.

Das Palästina-Mandat beschäftigt den Völkerbundsrat. Auf eine Anfrage des Abg. Ormsby Gore antwortete Schaffensler Chamberlain, man hoffe, das Mandat über Palästina in Kürze dem Völkerbundsrat zu unterbreiten; alle in Betracht kommende Mängel würden daran hingewiesen werden, daß die britische Regierung mit der Annahme des Mandats die Durchführung der sogenannten Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 beabsichtigt. Eine Antwort auf die ferner gestellte Frage über das Ostjordanland und die englisch-französische Grenze östlich und westlich des Jordan lehnte der Schaffensler als verfrüht ab.

Halle und Umgegend.

Halle, den 16. November 1920.

Allerlei Oberhessisches.

Einer der charakteristischsten Orte des oberhessischen Industriegebietes ist die in der Nähe des Landes von russischen Ueberfällen vor vier Jahren keinen Namen in deutscher Sprache. Der einstige Ort Hohen, das größte Dorf in Deutschland, das zuletzt noch an 80–90 000 Einwohner zählte, ist seit aus den großen Dörfern Jandorf, Alt-Jandorf, Dornhölzl und Wietzenhof gebildet worden, während sich der Ort Hohen, wie dem Hohenbinder tritt uns aber alles entgegen, was den kulturellen und industriellen Aufschwung Oberhessens besonders kennzeichnet. Um die dortige Sitten älteren Stils und moderne Bauarbeiten, wie sie in der Reichshauptstadt das Straßenbild beherrschen, könne, letzte Erträge mit prächtigen Eichen, die dann wieder verstaubte dunkle Möbel, die die Pracht gern mit allerlei höchstem Schmuck bestückt. Alles aber bestrahlt sichtlich die Inaustrie mit ihren riesigen Anlagen; die gewaltigen Schiffe der Binnenwasser der Donnerschiffahrt und der Kossanau, die Schachtelwerke der Holzindustrie, die großen und reichen Steinblöcker der Welt, und anderer Gruben verlassen dem Orte eben so charakteristische Züge wie weit ausgebreitete Parkanlagen dazwischen und die mächtigen neuen Kirchen, die modernen Schulbauten, das Jandorfer Gymnasium und andere. Auch dieses Jandorfer Gymnasium ist in der letzten Zeit eine bedeutende Erweiterung und Erweiterung. Es war notwendig geworden, weil sonst die vielen Beamten der verschiedenen großen Verwaltungen und Werke ihre Kinder auf eine höhere Schule nach außerhalb schicken müßten.

Auch in der Wohnungsfrage, die bei der raschen Zunahme der Industrie immer ein heftiges Problem bildet, hat man sich in Jandorf schon in einer zu entziffernden Weise abgefunden und anderweitig. Das meiste auf diesem Gebiete ist wiederum die Großindustrie, zumal soweit sie sich in privaten Händen befindet. Es blieb aber nicht bei der Wohnungsfrage stehen, sondern griff auch noch in eine ganze Menge anderer Gebiete hinüber und nahm somit dem Staate und den Gemeinden eine große Last von Schulden ab. So entziffern überaus in Jandorf eine Reihe Schöpfung im Interesse der Bürger und Wohlfahrt der Arbeiter und Beamten der gesamten Inaustrie, die sich bei häufig genannten und in ihrer Art einzig dastehenden der Jandorf Krupp in Jandorf nicht allein würdig an die Seite stellen lassen, sondern sie sogar in mancher Hinsicht noch übertrifft. Darin, die Arbeiter in Jandorf zu beschäftigen, die Tätigkeit ist der oberhessische Arbeiterstand, der worden im allgemeinen nicht gerade auf einer hohen Stufe der Gestaltung und Intelligenz stand, immer mehr gehoben worden. Seine Bedürfnisse befriedigen sich und befriedigen sich allmählich zu einer gewissen Wohlstand aus. Die Mehrheit der Arbeiterklasse erkannte auch die Vorteile der Jandorf an, zumal sie die modernen Anlagen, soweit man von solchen reden konnte, erträglich machte. Dank dieser ausgebreiteten Jandorf hat sich die oberhessische Industrie einen großen und tüchtigen Stamm zufriedener Arbeiter herangezogen, die dem trotz aller gegenwärtigen Notationen eine dauernde Ausdauer in größerem Umfange niemals recht Platz zu finden vermochte. Die wird auch durch Jandorf bewiesen, daß alle Streiks in Oberhessen meist schon nach wenigen Tagen beendet sind.

Um einen näheren Einblick in das Gebiet solcher Jandorf zu gewinnen, mögen uns die Leser einmal auf einem Gange durch die entsprechenden Anlagen der Donnerschiffahrt begleiten. Die Donnerschiffahrt ist eine der größten Betriebe Oberhessens. Sie beschäftigt heute wohl nahe an 10–12 000

Aus dieser Einseitigkeit der wahrhaft Großen erklärt sich der Abstand zwischen Künstler und Volk. Es ist tragisch, daß heute, wo das Volk an die Kunst herangekehrt und zum Kunstverständnis gebracht werden soll, der Abstand zwischen ihm und seinen Werken am größten ist. Es leben zu viele fremde Bildungsmenschen nicht nur schon in der großen Masse, sondern noch mehr in den höher gebildeten Kreisen, so daß es ihnen fast unmöglich geworden ist, den einfachen Künstler mit Elementarbewußtsein zu verstehen.

Eine eigenartige Gegenüber stellt heute mehr denn je in die Augen, nämlich der zwischen dem einzig untrüglichen, unzerleglichen, effektvollen Künstler und den Künstlern der Kunst, Sachlichkeit, Reife. Es ist nicht zu entscheiden, von welcher dieser beiden Richtungen wir Größeres zu erwarten haben.

Zur Ueberwindung der Krisis kam in erster Linie der Künstler mit sich selbst, indem er die einsamen Großen aufsucht und sie küßt und ihnen hilft, indem er sich ehrlich kundigen annimmt und sie ans Licht zieht, indem er endlich den leitenden Ideen nachspürt, die imstande sind, uns eine einheitliche ästhetische Kultur zu und in ihr unsern Künstlern eine neue Heimat zu verschaffen.

Besprechung. Die Nachrichten verschiedener Seiten. In Halle habe eine Konferenz von Vertretern der heutigen medizinischen Fakultäten stattgefunden, in der eine Neuordnung des medizinischen Studiums beschlossen worden ist, entspricht, wie aus anständiger Stelle erfahren, nicht den Tatsachen. In Halle hat keine Konferenz stattgefunden.

Gerhart Hauptmann auf der Wohnungsangelegenheit. Gerhart Hauptmann möchte nach Dresden ziehen, aber die Wohnungssituation hindert ihn einzuweichen. Er hat den Direktor Steiner, dem er das Dresdener Verlehrsamt zu wenden mit der Bitte, sich an einer möglichen Wohnung zu versehen. Gerhart Hauptmann will sich in Dresden Bildenarbeiten widmen.

Zu dem Ueberwindungsproblem. Das, was Herr Direktor Steiner mittels, die in der Halle und Standorten Plan, schreiben die in der Halle als Vorkommnisse genannten Herren Sack und Hill und Lore Berfmann eifernd dem „Berliner Beobachter“, daß Direktor Steiner nicht mehr ein Engagementsträger dieser Art sei herausgetrieben ist, noch daß beabsichtigt, sich dem Unternehmen anzuschließen.

über die hoch... nur ihm kommt zu dieg... über die hoch... nur ihm kommt zu dieg...

Beamte und Arbeiter. Die Donnerstagsmärkte ist nicht nur eines der gewinnbringendsten Unternehmen, wie jene beiden Dindenden betonen, sie ist auch mäßigartig in ihren Vorrichtungen...

Zimmer 38, entzogen. — Am 5. d. Mts. sind aus der Telegrafenhalle zwei... Zimmer 38, entzogen. — Am 5. d. Mts. sind aus der Telegrafenhalle zwei...

nämlich der 1818bte Mechaniker Ernst Breg und die 1770bte... nämlich der 1818bte Mechaniker Ernst Breg und die 1770bte...

Die Donnerstagsmärkte bestit zurzeit wohl an 180... Die Donnerstagsmärkte bestit zurzeit wohl an 180...

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Käse in der Salzstraße am... Städtischer Verkauf von Käse in der Salzstraße am...

Vermischtes.

Die Katen in der Markthalle. Aus der Köhler Markthalle... Die Katen in der Markthalle. Aus der Köhler Markthalle...

Nicht übersehen! Hendels Familien-Kalender 1921 ist erschienen. Preis des 165 Seiten starken, unentbehrlichen Kalenders nur Mk. 2.50

Letzte Depeschen.

Die preussische Beamtenbefolgung. Berlin, 15. November. (Eigene Drahtnachricht.)... Die preussische Beamtenbefolgung. Berlin, 15. November. (Eigene Drahtnachricht.)...

Die Wohnungsverhältnisse, um noch einmal auf diese zurück... Die Wohnungsverhältnisse, um noch einmal auf diese zurück...

Provincial-Nachrichten.

Wippra, 14. Nov. (Die Kleinbahn) soll nunmehr be... Wippra, 14. Nov. (Die Kleinbahn) soll nunmehr be...

Zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Paris, 15. November. (Eigene Drahtnachricht.)... Paris, 15. November. (Eigene Drahtnachricht.)...

Es gäbe noch eine Menge Einrichtungen aufzusuchen... Es gäbe noch eine Menge Einrichtungen aufzusuchen...

Die freie Stadt Danzig.

WTB. Danzig, 15. November. (Drahtnachricht.)... WTB. Danzig, 15. November. (Drahtnachricht.)...

Witold Boehm. Der bekannte Pianist wurde in diesen... Witold Boehm. Der bekannte Pianist wurde in diesen...

Polnische Truppenzusammenziehung.

WTB. Brest, 15. November. Die Oberste polnische... WTB. Brest, 15. November. Die Oberste polnische...

Polnische Truppenzusammenziehung.

WTB. Brest, 15. November. Die Oberste polnische... WTB. Brest, 15. November. Die Oberste polnische...

Witold Boehm. Der bekannte Pianist wurde in diesen... Witold Boehm. Der bekannte Pianist wurde in diesen...



